

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

erscheint an jedem Werk-
tag, Befehlungen nehmen
amtliche Beschlüsse
und Verbote entgegen.
Bezugspreis
(inhaltslos):
In Nagold, d. d. Agenten,
nach d. Post einschl. Post-
gebühr, monatl. M 105.-
Einzelnummer M 6.-
Anzeigen-Bezüge für die
einzelne Seite auf ge-
wöhnlicher Schrift oder
deren Raum bei einmali-
ger Einrückung M 8.-,
bei mehrmaliger Rück-
nach Tarif. Bei gerichtl.
Anzeige u. Konten
ist der Rabatt bündig.

Bedrehter Sitzung im
Oberamtsbezirk. — K.
zeigen sich dabei von
bestem Erfolg.
Der neue Reichstag wird
seinem Zweck entsprechen
und sich seine Qualität selbst
überzeugen, das Recht
des Reiches zu befestigen
und die Freiheit zu erhalten.
In diesen von der Reichs-
macht bezeugten Worten
ist die Bedeutung der
Rückbildung des Reiches
ausgesprochen.
Telegraphische Adresse:
Gesellschafter Nagold
Verlagsamt:
Stuttgart 1114.

Nr. 253

Montag, den 30. Oktober 1922

96. Jahrgang

Tagespiegel

Der angekündigte Staatsstreik der Faschisten ist in allen
Städten Italiens planmäßig durchgeführt worden. Die Re-
gierung hat den Belagerungszustand verhängt. Rom wird in
Verteidigungszustand gesetzt. Das Militär hat alle öffent-
lichen Gebäude in den Städten besetzt.
In der französischen Kammer erklärte Poincaré, England
habe während des Kriegs zuerst den Besitz von Konstantinopel
den Russen versprochen.
Die roten Truppen der Sowjetrepublik des fernen Ostens
haben nach dem Abzug der Japaner Wladivostok besetzt.

Die Parteiverhältnisse Bayerns

Die Köln. Ztg. erhält aus München folgende beachtens-
werte Schilderung der bayerischen Parteiverhältnisse, über
die vielfach außerhalb der weißblauen Kreise eine merk-
würdige Unkenntnis besteht.
Niemand zuvor ist in Deutschland so viel von
Bayern und bayerischen Verhältnissen die Rede gewesen wie
seit der Revolution. Das liegt zweifellos daran, daß die
innerpolitische Entwicklung des Landes von derjenigen des
übrigen Reichs nicht unwesentlich verschieden war. Zu-
nächst bis zum Kapp-Putsch eine ausgeprägt sozialdemo-
kratische und zeitweilig bolschewistische Herrschaft, dann als
bis-
her einzige in Deutschland eine rein bürgerliche Regierung,
die den Zeitpunkt so vieler Umwälzungen der Linken aus
dem übrigen Deutschland bildet. Zwar gilt das Ministerium
Verheffen, das im September vorigen Jahres nach der Er-
mordung Erzbergers auf das Ministerium Kahr folgte, schon
als keines besten Verhältnisses zu Berlin willen als etwas
weniger weit rechts stehend. Das bedeutet aber keineswegs,
daß jene allgemeine Rechtsentwicklung in Bayern, die schon
zuvor nach dem Krieg mit der Ausmerzung des Sozialismus
aus der Landespolitik einsetzte, rückläufig geworden oder auf
zurück zum Stillstand gekommen wäre. Trotzdem aus der
letzten Landtagswahl im Jahre noch 43 sozialdemo-
kratische Abgeordnete (28 Mehrheitssozialisten, 15 Un-
abhängige und sieben Kommunisten) hervorgegangen sind,
spielten diese doch im Landtag keineswegs eine ihrer Zahl
entsprechende Rolle. Ob das nach dem Zusammenbruch
von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen und nachdem
auch einige Kommunisten zu den Mehrheitssozialisten über-
getreten sind, anders wird, muß sich erst in der Ende dieses
Monats beginnenden neuen Landtagsperiode zeigen.
Was nun jene bürgerlichen Parteien anlangt, auf denen
seit dem Kapp-Putsch die Regierung Bayerns ruht, so besteht
im Vergleich zum übrigen Reich der wesentlichste Unter-
schied darin, daß die Parteiverhältnisse Bayerns von jeher
weit einfacher und einheitlicher gewesen sind. Die vom
Reichszentrum abgeplante „Bayerische Volkspartei“
schert mit ihrer starken Mehrheit von 65 Landtags-
abgeordneten und einem entsprechenden Rückhalt im Land
als richtung- und maßgebende Partei eine größere Einheits-
lichkeit und Stetigkeit der Politik, als es bei den zerstückelten
Parteiverhältnissen des Reichszentrums der Fall ist.
Von dieser von weitaus den meisten Bürgerlichen auch der
anderen Parteien als Wohltat und Segen für das Land em-
pfohlen werden. Als einfacher Zweig des Reichszentrums
hat die Bayerische Volkspartei ihre heutige Nachfolge-
rinnenschaft zu erringen, oder, wenn doch errungen, in Anbe-
tracht der vorerwähnten Volkspartei niemals zu be-
haupten vermocht haben. Aber als erste bürgerliche Organi-
sation, welche sich nach dem allgemeinen Zusammenbruch
aus dem Reichszentrum herauskristallisierte, hat die Baye-
rische Volkspartei zum großen eigenen Vorteil aus den über-
bliebenen Resten nicht nur manche Verluste, sondern auch
manche Ideen in sich angearbeitet. Die Folge ist trotz aller
auch heute noch vorhandenen Unterschiede und sogar Gegen-
sätze ein besseres Zusammenhalten der Bürgerlichen, als es
im übrigen Reich bisher der Fall war. Im Landtag hat
sich vollkommen geschlossene Regierungskoalition aller
Bürgerlichen allerdings nur während der Amtsdauer der
Ministeriums Kahr (16. März 1920 bis 21. September 1921)
ergeben können, während nach der Ermordung Erz-
bergers mit 20 Abgeordneten die vereinigten Deutschnatio-
nalen und Nationalliberalen, als diese nach der Ermor-
dung Rathenaus wieder eintraten, mit 13 Abgeordneten die
Demokraten ausluden. Mit den Demokraten, deren
Zahl und Einfluß im Land sich vermindert, haben eine Zeit-
lang bei allen Landtagsabstimmungen die Bauernbündler
(12 Abgeordnete) das Sagen an der Tagesordnung.
Wenn in fast allen Zeitungsberichten über Bayern so viel
von „Rechtsparteien“ die Rede ist, so muß ausdrück-
lich hervorgehoben werden, daß dieser Begriff sich keines-
wegs auf die beiden zu einer Fraktion vereinigten Landtags-
parteien der Deutschnationalen und Nationalliberalen be-
zieht, sondern einen sehr viel weiteren Bereich umfaßt.
Zur Abgrenzung weitaus kürzestem Reichspartei in München
und einem großen Teil Oberbayerns haben sich in neuester
Zeit die Nationalsozialisten emporgeschoben, die
alsch dem unter den Obersten o. Tpländers Führung stehen.

den rechten Flügel der Deutschnationalen die deutsche Form
des Parlamentarismus verurteilen und die bei Reichswahlen
gleich den ebenfalls sehr einflussreichen „Vaterländischen Ver-
einigungen“ gar keine eigenen Wandschreiber aufzustellen
beabsichtigen. Ihr Ziel ist neben Aufklärung der Volks-
massen eine vom Parlament bloß beratende, aber nicht ge-
leitete starke Regierung. Ihre merkwürdigen Erfolge, die
sowohl von der Regierung als auch von den alten Parteien
oft als unangenehm empfunden wurden, verdanken die Na-
tionalsozialisten in erster Linie dem die Volksmassen aller
Berufe hinreichenden, glänzenden Redner talent Adolf Hit-
lers, eines geborenen Deutscherreichers, der aber während des
ganzen Weltkriegs mit Auszeichnung im bayrischen Heer
gedient hat. Nicht bloß aus Bürgerlichen und Sozialisten,
sondern auch aus Kommunisten, Anarchisten, Volkshelden
etc. eine Gefolgschaft in nationalem Sinne begeisterter An-
hänger geschaffen zu haben, die zu zahlreichen Tausenden
jedem Vortrag Hitlers lauschen, war ein Kunststück, das
auch Hitler noch niemand in Bayern geleistet hat. Es waren
lauter Nicht-Parlamentarier, nämlich Bürgerliche, Vater-
ländische Vereinigung und Nationalsozialisten, welche, als
im August dieses Jahres die letzten Meinungsverschiedenheiten
zwischen München und Berlin spielten, die gewaltigen
Märschverbindungen auf dem Königsplatz veranstalteten
und welche, wenn sich das Ministerium Verheffen allzu
nachgiebig gezeigt hätte, dessen Wiedereintritt verlangt haben
würden. Es sind das Strömungen, mit denen, so unvollkommen
wie auch der Regierung und dem jetzigen Parlamentarismus
sein mögen, bis zu einem gewissen Grad gerechnet werden
muß. Von Reaktion aber kann um deswillen ebensowenig
wie von monarchistischer Propaganda die Rede sein
noch weniger von bayerischen Vorkommnissen, die
Vorkommnisse nicht erfüllen dürfen. Unter der Rot der Zeit
hat man besonders gelernt, die Staatsform als etwas ver-
hältnismäßig Unveränderliches zu betrachten, und im kommen-
den Landtag dürfte sich die von den Deutschnationalen
neuerdings befürwortete Wahl eines besonderen, mit der
Ministerpräsidentenwahl nicht zusammenhängenden Staats-
präsidenten von sich reden machen.

Zeugnisse aus dem Ausland über die Verhältnisse im besetzten Gebiet

Der Amerikaner Pierrepont E. Hayes, früheres
Mitglied der Rheinlandkommission, ist in einem Artikel in
„The Nation“ vom Januar 1921 eine vernichtende Kritik
an dem französischen System im Rheinland aus und sagt
zum Schluß: „Ich glaube, daß man im Rheinland am
überbesten eine feindliche militärische Besatzung studieren
kann, und ich kann auf Grund persönlicher Erfahrungen be-
zeugen: sie ist brutal, sie ist herausfordernd,
sie ist eine Fortsetzung des Krieges!“
Das lautet doch anders als die ablegenden und be-
schönigenden Versicherungen der Amerikaner Mrs. Cull,
des Staatssekretärs Mr. Coffey und des Generalmajor
Allen.
Im Gegensatz zu ihnen lese man vielmehr die erschütter-
nden Anklagen der tapferen Kämpferin gegen die Schwarze
Schmach, der Amerikanerin Miss Kay Beveridge,
deren Tätigkeit in Finnland auf diplomatischen Druck hin
unterlag wurde.
Auf einer großen Versammlung in Stockholm im
Mai 1920, auf der u. a. der bekannte französischfreundliche
Staatsminister Branting (jetzt auch Mitglied des
Reichsrats) und der schwedische Erzbischof sprachen,
troufferte Branting gegen das Auftreten der schwarzen
Truppen in den Rheinlanden und stellte fest, daß Unter-
suchungen die Wahrheit der Anklagen beweisen hätten.
Bekannt ist das aufsehenerregende Buch „Das friedliche
Europa“. Dessen Verfasser, der frühere italienische Mi-
nisterpräsident Nitti schreibt dort:
„Als eine weitere Schmach oder Besetzung befinden
sich Menschen einer niedrigeren Rasse in den Besatzungs-
gebieten. Auf diese Weise waren und sind die kultiviertesten
Städte Europas einer Kezzerherrschaft unterworfen, wo-
durch das größte Verbrechen begangen wurde.
Die germanische Bevölkerung ist ohne Notwendigkeit
auf die Abfertigung zu verurteilt, physischen und moralischen Leiden
unterworfen worden, die seit Jahrhunderten in
zivilisierten Ländern nicht mehr vor-
kommen. Welche Gewaltmaßnahmen die Besatzungs-
truppen verüben, und welche Verbrechen sie begangen,
ist ausführlich bewiesen worden, und jetzt sehen alle ein,
daß die Besetzung keinen militärischen Zweck
hat, sondern einzig und allein beabsichtigt, Deutschland
die zur moralischen Ermattung zu unter-
drücken und dadurch das Nationalgefühl und vielleicht
auch die Einheit zu zerstören. ... Seit Jahrhunderten
hat sich kein europäisches Land mit solchen Ver-
brechen und Sinnwidrigkeiten befaßt
wie die siegreiche Entente, die doch in der
Stunde der Gefahr erklärt hat, daß sie den Sieg der
Grundsätze der Demokratie und Freiheit wünscht. ...“

Jetzt beging die Entente das Verbrechen, den Sieg im Kriege
mißbraucht und Gewaltmethoden angewandt zu
haben, die die Zivilisation entehren. Die Wahrheit ist,
daß Deutschland und die besetzten Länder, wenn sie ein-
mal siegen, niemals solche sinnlose Gewalttaten
verüben, die jetzt den Siegern jedes moralische Ansehen
rauben.“
Da, ein Franzose selbst tritt als Kritiker gegen sein
eigenes Volk vor das Tribunal des Weltgewissens. In seinem
1922 erschienenen Buch „England und wir“ geht er
die unbegreifliche Torheit und Dummheit seiner Lands-
leute, die durch derartige Maßnahmen sich um alle Sympathien
in der Menschheit bringen.

Durch die schwarzen Truppen fügen wir unsern
Freunden einen andauernden Haß zu. Der Deutsche emp-
findet wie der Ungar ein angeborenes Mißbehagen und
Abneigung gegen den Veger. ... Was würden wir gefast
haben, wenn wir besetzt worden wären und die Deut-
schen unsere Städte mit Koffern und Dolchknäulen besetzt
hätten? Sind wir übrigens vor Deutschland in dem Grad
sicher, daß wir uns erlauben können für die Zukunft
unabhängig zu werden und die Haß- und Rache von Seiten
Deutschlands anzuhäufen?“
Und nun ist uns in allerhöchster Zeit ein Schwerezeug
ersten Rangs vorhanden. Der Schwede Ludvig af
Petersens, fol. schwedischer Ober a. D., veröffentlicht
in dem Oktoberheft der „Deutschen Rundschau“ seine Wahr-
nehmungen, die er auf Grund unparteiischen Studiums an
Ort und Stelle in den besetzten Gebieten am Rhein und
der Saar gemacht hat. Sie sind lehrreich, sehrschätzenswert,
aber auch unläugbar Beweise für die abgrundtiefe Gemein-
heit der französischen Politik. Hier zum Schluß nur ein er-
lehniger vielen vernichtenden Urteile:
„Ich habe Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse in
Frankreich während der Reichsbesetzung persönlich
kennen zu lernen. Ich finde nicht, daß dies von
ganz Europa gemißbilligte russische Sowjetregime in
irgendwelcher Hinsicht schlimmer gewesen ist, als das von
den in seinen eigenen Augen so hochachtenden Frankreich
in den besetzten Gebieten geübt es ist.“
Hier erzählt man auch, aus welchen Gründen Frankreich
fortgesetzt die Zahl seiner rheinischen Besatzungstruppen
vermehrte. Jede Mittelung hierüber wird sofort als
Espionage verfolgt. Petersens beschreibt die endlosen Schikanen,
mit denen die Rheinländer gequält, und die wahr-
sinnigen Unkosten, in welche sie in ganz unnötiger Weise
gestürzt werden. Wäre es nicht an der Zeit, daß der
Völkerbund einmal auf diesen Schandfleck der „Zivilisation“
sein Augenmerk richtete? Ja — wenn nicht der
Völkerbund im Bannkreis von Paris stünde! W. H.

Wohin verjagt wird das Geld?

Das Deutsche Reich hat im Jahr 1915 erst 9,54 Milliarden
Mark an Banknoten in Umlauf gegeben. Vier Jahre später,
1919, lief sich die in Umlauf gegebene Banknotenzahl auf
49,85 Milliarden. Ein Jahr später traten 82,99 Milliarden
neues Papiergeld hinzu, 1921 sogar 129,23. Im laufenden
Jahr aber werden vermutlich so viel neue Geldmittel her-
gestellt wie von 1915 bis 1920 zusammen nicht.
Wo bleibt dieses Geld? Die Steigerung aller Preise,
aller Löhne und Gehälter gibt die Erklärung doch nur zum
Teil. Viel mehr ist es offensichtlich, daß unser Papiergeld
durch verschiedene Kanäle abgezogen wird, so daß es aus dem
Umlauf verschwindet und jene Zahlungsmittel einfließt,
die sich an jedem Monatslohn und besonders am Bierlohn
hängende zu verhängnisvoller Knappheit steigert. Auch der
Bachruferstreik in der Reichsdruckerei im August erklärt die
Zahlungsmittelnot nur zum Teil. Gewiß, wir wurden durch
die Streikperiode um ungefähr 15 Milliarden Mark zurück-
geworfen. Mittlerweile aber hat sich dieses Hebel, obwohl
der Streik längst zu Ende ist, noch verschlimmert. Die Reichs-
bank und alle anderen Banken, nicht zum wenigsten auch die
Postsparkassen, sehen sich außerstande, die Ansprüche an
Hergabe von Bargeld zu befriedigen. Obwohl täglich 2-3
neue Milliarden in den Verkehr gebracht werden und die
Summe des neu ausgegebenen Papiergelds bald auf täglich
5, ja 7 Milliarden steigen dürfte, ist doch der Bedarf nach
papierernen Zahlungsmitteln ungeheuer.
Er vergrößert sich ohne Unterlaß. Schon ist es so weit
gekommen, daß an vielen Stellen bares Geld nur gegen Auf-
geld zu erhalten ist. Obwohl wir im Papiergeld ertrinken,
kann doch nicht genug davon in den Umlauf geschüttet wer-
den. Die Lohnauszahlung muß namentlich den großen Fir-
men Schwierigkeiten bereiten. Wälschirde reichen nicht mehr aus,
um das Geld von der Bank zur Lohnkasse zu schaffen. Zahl-
reiche Firmen haben privates Notgeld ausgegeben, die
Städte tun daselbe, in jeder großen Stadt geben die Ban-
ken Schecks aus, die als Geld dienen sollen, so daß sie an den
Bankgäulern nicht eingelöst werden.
Die Ursachen dieser würgenden Geldnot werden wir vor
allen in zwei Erscheinungen zu suchen haben: erstens in dem
Hansieren von Geld, wie es sich in vielen Volksteilen ein-
gebürgert hat — und zweitens in dem Abfluß deutscher
Gelds ins Ausland.



Das Vermögen deutschen Papiergelds in Deutschland selbst gehamstert sind, weiß jedes Kind. Nicht auf dem Lande allein, nein, auch in den Städten wird Geld nach Kräften gehamstert. Und es ist hauptsächlich unsere Steuerpolitik, die das verurteilt. Durch die Aufhebung des Bankgeheimnisses sowohl als auch durch das Emporschrauben der Steuerlast ohne Rücksicht auf den Sinn des Wirtschaftslebens haben wir es verstanden, das Geld von der gefunden Aufbewahrungswiese abzujucken, die früher üblich war, und sie durch das volkswirtschaftlich unbrauchbare System des Geldhamsterns zu ersetzen. Wenn jeder, der von seinem Einkommen etwas erspart, dafür bestraft wird, indem ihm die Steuer die Hälfte oder noch mehr des Ersparnisses fortnimmt, so ist es kein Wunder, daß er den Ueberfluß zu beiseite schiebt. Das geschieht entweder durch jene Verschwendung, die dem Beobachter in Deutschland überall entgegentritt, oder durch Geldhamstern. Wie viele Hunderte der Tausendmarktscheine im stillen Kämmerlein verborgen sind, wird die Steuerbehörde bei der schärfsten Suche nicht herausbekommen, während sie durch die Aufhebung des Bankgeheimnisses genau nachprüfen kann, wie viele Wertpapiere er besitzt.

So hat sich der widerwärtige Zustand herausgebildet, daß unsere „Wertpapiere“ nicht mehr viel wert sind, während es überall an Bargeld fehlt. Das Geld ist eben aus den Händen einer gefunden volkswirtschaftlichen Verteilung durch den Steuerdruck herausgerissen und in die Hamsterkäufe vertrieben worden. Das ist ein gefährlicher Zustand. Unter anderem bringt er es mit sich, daß der Ausländer heute für ein Dutzend wertvolle deutsche Aktien ersehen kann. Der Amerikaner, der in Deutschland für ungläublich wenig Geld reist und sich vergnügt, kann eine Norddeutsche Lloyd-Aktie für ganze 3 Dollars kaufen, während er im Frieden mehr als 250 zahlen mußte. Aber auch im Verhältnis zu den Inlandspreisen sind unsere Aktien entwertet. Eine wertvolle Aktie kostet heute vielfach weniger als ein Anzug oder ein Paar Wollstiefel. Ungezählte Milliarden, die bei gekundener Steuerpolitik Anlage suchen würden, liegen eben unbeschäftigt in allen möglichen Verstecken.

Zu dieser einen Quelle unserer Geldnot gesellt sich eine andere: die Kapitalflucht ins Ausland. Sie ist größtenteils auf dieselbe verhängnisvolle Ursache zurückzuführen, auf unsere Steuerpolitik nämlich, die in der Eier, von jeder Papiermark wenigstens 10 Pfennig Steuern zu erheben, Geld und Kapital aus dem Lande treibt. Noch immer ist es aber eine gesunde Wirtschaftspolitik gewesen, Kapital und Geld ins Land zu ziehen, und nicht, es daraus zu vertreiben. Wir tun das letztere und haben damit erreicht, daß so ungeheure Beträge deutschen Gelds im Ausland herumsummen, daß sie unsere Valuta verschlechtern und uns zugleich im eigenen Land fehlen. Deutsche und fremde Geldbesitzer lassen ihre Papiermillionen lieber im Ausland stehen und spekulieren dort damit in deutscher Valuta, anstatt sie nach Deutschland zu geben und unsere Volkswirtschaft damit zu befruchten.

Wir müssen daher auch in Zukunft mit einem Fortbestehen der jetzigen Geldnot rechnen, falls nicht eine kluge Wirtschaftspolitik das deutsche Geld aus seinen Verstecken im Inland und aus seinen Aufbewahrungsorten im Ausland herbeizulocken weiß. Eines dieser Mittel wird jetzt angewendet. Es besteht in der Heraushebung des deutschen Diskonts. Die Reichsbank hat ihren Zinsfuß in den letzten drei Monaten sprunghaft dreimal um je 1 Prozent erhöht, nachdem ihre Diskontschraube Jahre hindurch eingeregelt zu sein schien. Soweit ist diese Diskontpolitik schon und gut. — wenn sie dieses Ziel wirklich erreicht. Wir müssen jedoch damit rechnen, daß dies nicht der Fall sein wird, wenigstens nicht in dem nötigen Umfang, wenn nicht gleichzeitig unsere Steuerpolitik sich von den Irrwegen abhebt, auf denen sie seit den letzten Jahren wandelt. Vor allem ist die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses erforderlich, um der verderblichen Banknotenhamsterei Einhalt zu gebieten, die unsere Volkswirtschaft bis in die Wurzeln zu entkräften droht. Es gibt kaum einen Sachverständigen mehr, der sich dieser Forderung verschließt. So ist es bedeutsam, daß auch der Spartenkongress sich kürzlich einstimmig dieser Forderung angeschlossen hat.

Die Lostrennung des Rheinlandes

Ein französischer Geheimbericht

Der Vorsitzende der Finanzkommission der französischen Abgeordnetenkammer, Darlac, hat einen Geheimbericht über seine im amtlichen Auftrag unternommene Reise in das Rheinland erstattet. Da sein Bericht nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, spricht er ohne Zurückhaltung oder Verschleiierung von den wahren Zielen der französischen Politik. Ueber die Rheinlandpolitik heißt es nach der „Presse“, S. 2, darin u. a.:

Jede französische Politik im Rheinland ist einer Vorbedingung unterordnet: der verlängerten Besetzung des Rheingebiets. Ohne diese Sicherung ist diese Politik schwach. In dem Leben einer Nation zählen fünf, zehn oder fünfzehn Jahre wenig. Wenn wir uns am Ende dieser kurzen Periode zurückziehen wollten, dann muß unsere Rolle sich auf eine Befestigung militärischer Garantien beschränken. Alle Arten von Möglichkeiten öffnen sich vor uns. In dieser Hinsicht hat die französische Regierung seit 1910 wohl zu wiederholten Malen erklärt, daß insolge Nichtausführung der deutschen Verpflichtungen die Fristen dieser Besetzung aufgehoben werden. Der erste Akt unserer Politik ist die finanzielle Organisation des Rheinlands: eine Zollgrenze, im Osten gegen Deutschland erhöht und im Westen gegen Frankreich erniedrigt, um das wirtschaftliche Ersticken zu vermeiden, das aus einer doppelten Zollmauer sich ergebe, die den Warenverkehr vermindert und das industrielle Leben des Rheinlands erschweren würde, ein vom Reichshaushalt getrennter Sonderhaushalt und Ersatz der schiffbrüchigen Raar durch ein gesundes Geld. Der zweite Akt ist die Ersetzung der preussischen Beamten durch rheinische Beamte, der dritte Akt die Ausdehnung der Gewalt der hohen Kommission und die Einberufung einer gewählten Versammlung.

Am Schluß des Geheimberichts heißt es: Das sind zweifellos ehrgeizige Pläne, die aber, mit Weisheit und Unterscheidungsvermögen ausgeführt, und zwar in dem

weg ausgeführt, als Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen wird, vollkommen berechtigt sein werden. (1)

Das ist eine Politik langer Sicht, in der eine kluge Diplomatie nach und nach von Deutschland ein Rheinland loslösen wird, welches frei ist unter der militärischen Hut Frankreichs und Belgiens.

Interessant ist auch folgender Absatz:

Die Schwerindustrie der Ruhr, die ganz in den Händen einiger Persönlichkeiten vereinigt ist, ist berufen, eine entscheidende Rolle in den Ereignissen zu spielen, die sich in Zukunft in Deutschland entwickeln werden. Auf diesem Gebiete kommt den Sinnes, Thyssen, Krupp, Haniel, Kiskander, den Funke, Mannesmann und drei oder vier anderen für Deutschland eine ähnliche wirtschaftliche Rolle zu wie den Carnegie, den Rockefeller, Harzmann, Vanderbilt und Gould in Amerika. Unter dem Gesichtspunkte der Entschädigung haben sie bereits Angebote, sich für die Zahlung der Verbandsforderungen dem deutschen Staat einzusetzen, zum wenigsten für die ersten Zahlungen, aber zu Bedingungen, die für unannehmbar gehalten werden. Wenn man sie hört, sind sie allein fähig, auf Grund ihrer stets wachsenden Unternehmungen, auf Grund ihres Kredits, den ihnen das Ausland nicht verweigern würde, also als Leihgaben für den deutschen Staat das Gold und die fremden Devisen zu verschaffen, welche der Staat selbst niemals mit Hilfe einer entwerteten Raar erlangen könnte.

In der Tat, wenn die Papiermark von Tag zu Tag sich entwertet, so bleiben die Produktionsmittel von Sinnes, Thyssen, Krupp, Haniel und ihren Genossen bestehen und haben Goldwert. Das ist es, was ihre Bedeutung und ihren Wert für uns ausmacht. Zweifellos haben wir nicht die ganze Ruhr besetzt, aber durch unsere einfache gegenwärtige Besetzung halten wir in Wirklichkeit ihre ganze industrielle Produktion unter unserer Herrschaft. Wir haben tatsächlich den größten Teil des Ruhrbezugs besetzt, auf welchem die Hochöfen errichtet sind, ebenso wie die Häfen der Ruhr und des Rheins, durch welche diese Hochöfen mit Erz gespeist werden. Auf diese Weise teilen wir die Eisenindustrie in zwei Teile.

Der deutschnationaler Parteitag

Görlitz, 29. Okt. In dem großen Saal der Stadthalle wurde die erste öffentliche Sitzung des Deutschnationalen Parteitags abgehalten. Ueber 1100 Vertreter aus allen Gegenden Deutschlands hatten sich eingefunden; dazu kamen weit über 1000 Gäste. Der Parteivorstand, der Herr Hergt eröffnete den Parteitag und sagte in seiner Rede zum Schluß: Wir werden unsere Tätigkeit aus dem Reichstag in's Volk hinaus verlegen. Wir sind fertig mit dem Parlamentarismus. Die großen politischen Schwärzereien werden wir einzudämmen suchen. Wir wollen dieses Theater nicht mehr mitemachen. Wenn wir aus Duppeln hören, daß es den Katholiken verboten sein soll, deutschnational zu sein, und wenn man will, daß wir die monarchistische und deutschpöhlische Werbung einstellen, dann ist die Antwort des Parteitags: Runerrecht!

Der Parteitag beschäftigte sich mit den Fällen der Abg. v. Gräbe und Bulke und beschäftigte mit 160 gegen 12 Stimmen die Beschlüsse des Parteivorstands, wonach beim Parteivorstand und bei den Landesverbänden deutschpöhlische Arbeits- und Studienausschüsse einberufen werden, dagegen die Gründung einer deutschpöhlischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei oder die Umwandlung in eine solche außerhalb der Partei abgelehnt wird.

Am Vortag fand die Tagung der deutschnationalen Arbeiterjugend unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Hartwig statt. In einer Ansprache sagte Abgeord. Hergt, unsere deutschnationalen Arbeiter seien einig mit der ganzen Partei, daß die deutsche Raar keine ausschließliche Arbeiterangelegenheit ist und sein darf, sondern daß sie das ganze Volk angeht. Der deutschnationaler Lehrerbund unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Klug sandte an seinen Schirmherrn Generalfeldmarschall v. Hindenburg eine Entschädigung: „Der Deutschnationaler Lehrerbund, zu seinem dritten Bundestag in Görlitz versammelt, sendet einem Schirmherrn ehrerbietigste Grüße und gelobt, die deutsche Jugend in Gottesfurcht, zur Heilwundererhebung und zur Treue zu Volk und Vaterland zu erziehen.“

Vor der Entscheidung

Berlin, 29. Okt. Wie die Blätter berichten, bahnen sich in den innerpolitischen Verhältnissen des Reichs neue Dinge an, die von weittragender Bedeutung sein werden. Das entschlossene Auftreten der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft in den Besprechungen mit dem Reichstagsrat habe bewirkt, daß man nun auch in Regierungskreisen zu der Erkenntnis gekommen sei, mit der Erfüllungspolitik müsse unbedingt ein Ende gemacht werden. Die Unzufriedenheit mit der Raar, wie die Reichsgeschäfte geführt werden, nehme von Tag zu Tag zu, namentlich mache sich ein zunehmender Widerspruch in der Zentrumspartei bemerkbar. In der Vereinigten Sozialdemokratie mehren sich die Stimmen, die für ein vorläufiges Ausschiden aus der Koalition eintreten, um zunächst einem neuen Kabinett Platz zu machen, das den achtstündigen Arbeitstag abschaffen solle, von dessen Unhaltbarkeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich ein großer Teil der sozialdemokratischen Führer nun selbst überzeugt habe. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft lehnt dagegen in der erhöhten Arbeitsleistung das einzige Mittel, um die Verhältnisse wieder gefunden zu machen. Sie denke nicht daran, die Sozialdemokratie aus der Regierung zu verdrängen, sie könne aber nicht mehr zulassen, daß die sozialdemokratische Partei der Regierung eine Politik aufzwingt, die für das Bürgerium unannehmbar sei. Dazu kommen die neuen unerhörten Forderungen der feindlichen Entente, namentlich die Kohlenlieferungen, die Deutschland zugrunde richten müssen, wenn mit der bisherigen Politik nicht ein Ende gemacht werde. Mit dem Wiederzusammentreten des Reichstags am 7. November werden wichtige Entscheidungen zu erwarten sein.

Wir haben vorstehende Berichte wiedergegeben, weil sie einen interessanten Einblick in die derzeitige politische Lage in der Reichshauptstadt gewähren. Ob sie im einzelnen zutreffend sind, mag zunächst dahingestellt bleiben, isoliert ist aber sicher, daß die allgemeine politische Lage nach innen und außen mit Naturgewalt auf eine Entscheidung hindrängt; in gewissem Sinn ist die gegenwärtige Zeit mit dem Monat Juli des Jahres 1914 vergleichbar. Und daß sich in Berlin tatsächlich gewisse Veränderungen vorbereiten, ist nicht unwahrscheinlich. Der Aufstoß dürfte mit dem „Besuch“ der Entschädigungskommission gegeben sein, der in Wirklichkeit doch nichts anderes bezweckt, als den letzten Teil des Raar zu beschaffen.

Neue Nachrichten

Fruchtlose Verhandlungen mit den Reichsarbeitern

Berlin, 27. Okt. Die im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über Lohnerhöhung sind abgebrochen worden. Während der freigewerkschaftliche Deutsche Eisenbahnerverband eine Stundenloohnerhöhung von 50 % verlangte, war die Regierung nur zu einer von 1. Sept. an wirksamen Erhöhung bereit, die am 1. November, stufenweise ansteigend, den Betrag von 22 % für die Stunde erreichte. Die kommunistische „Rote Fahne“ richtete heftige Angriffe gegen den Verkehrsminister Gröner und wurde deshalb verboten. Auch eine von dem Blatt einberufene Versammlung der Eisenbahner wurde verboten. Die Erregung unter den Berliner Eisenbahnern ist sehr groß. Eine Vertreterversammlung drohte mit den „schärfsten Mitteln“, d. h. dem Streik.

Leichenfeld über die bayerische Denkschrift

Berlin, 29. Okt. In der Mittelstandsversammlung der Bayerischen Volkspartei hielt Ministerpräsident Graf Lerchenfeld eine Rede. Er führte aus, der Mittelstand sei das Rückgrat des Staats nach Zahl und wirtschaftlicher Bedeutung, das festeste Bollwerk gegen den Bolschewismus. Schon deshalb sei es Pflicht des Staats, den Mittelstand zu erhalten. Die Denkschrift der bayerischen Regierung an die Reichsregierung sei vielfach falsch verstanden worden. Nicht dem Staatssozialismus oder der Zwangswirtschaft wolle sie das Wort reden, sondern sie sollte dem Reich gegenüber zum Ausdruck bringen, daß es höchste Zeit sei, endlich tatkräftig mit wirksamen Maßnahmen gegen die Geldentwertung vorzugehen. Man dürfe die Schuld nicht bloß im Ausland suchen, auch im Innern müsse finanzielle und wirtschaftliche Ordnung geschaffen werden. — Scheinrat Dr. Heim bezeichnete den Rangel an vaterländischem Gefühl als die Ursache alles Übels. Es sei ein Verbrechen ohne gleichen gewesen, nach dem Waffenstillstand die Waffen wegzuerwerfen. Heute trage Deutschland die Folgen: wir seien die Hunde der Welt.

Die Wut gegen die Zwingherren

Passau, 29. Okt. Eine Anzahl Personen umringte hier das Auto einer feindlichen Ueberwachungskommission und bewarf es mit Steinen, Schellen und anderen Gegenständen. Dabei wurden die Fenster Scheiben des Gefährts zertrümmert. Das Auto flüchtete in den Hof der Kaserne und versuchte von der Rückseite des Kasernenhofs zu entkommen. Doch auch hier wurde der Wagen umstellt, und abnormals wiederholte sich der Vorgang. Wiederrum mußte das Auto in die Kaserne zurückfahren und konnte erst nach zweifelhaftem Warten den Hof ungehindert verlassen.

Die Auflösung des Thüringischen Landtags abgelehnt

Weimar, 29. Okt. Der Thüringische Landtag hat mit 28 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 23 bürgerliche Stimmen die Auflösung des Landtags abgelehnt. Justizminister Brandenstein (Soz.) ist zurückgetreten.

Eine Warnung aus Oesterreich

Wien, 27. Okt. Die „Reichspost“ berichtet unter Anführung von Einzelheiten von einem Massenauzug der bei dem Zusammenbruch in Wien tätig gewesenen ausländischen Spekulanten nach Berlin. Es handelt sich um Plasmacher von größter Routine, welche den Ausverkauf Oesterreichs in den letzten Jahren in den Händen hatten und durch ihre riesenhaften Devisenspekulationen den Zusammenbruch der österreichischen Währung auf dem Gewissen haben. Außerdem ist in der letzten Woche die große Schar der Dollara- und Pfundrentner in Wien, die Oesterreich als das billigste Land Europas zum Aufenthalt gewählt hatten, nach dem Deutschen Reich abgezogen, weil es sich nunmehr dort um zwei Drittel bis drei Viertel billiger als in Wien leben läßt, so daß jetzt die großen Hotels in Wien, die jahrelang bis zum letzten Fassungsraum belegt waren, ziemlich verödet sind. Wenn die deutsche Regierung nicht sofort Scheinkäufen von Häusern oder Grundstücken durch reichsdeutsche Mittelmänner oder direkten Grundstückenkäufen durch Ausländer ein Ziel setzt, wird Berlin bald ebenso wie Wien und der schönste Grundbesitz zu drei Vierteln den Herren aus dem Osten, Amerikanern, Engländern und Franzosen gehören. Die Geschichte des Niedergangs Oesterreichs in den letzten vier Jahren, schreibt die „Reichspost“, liegt in seinen Ursachen so offenkundig zutage, daß es der reichsdeutschen Regierung leicht sein muß, aus den österreichischen Fehlern zu lernen und jene Schlüsse zu ziehen, welche das deutsche Volk und das Deutsche Reich vor ebensolchen unheilvollen Schädigungen bewahren, in die die österreichische Bevölkerung durch die Talenlosigkeit seiner Regierung verfallen ist.

Die Reaktionen der Industrielländer

London, 29. Okt. Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht eine Aufstellung über die wirkliche Kaufkraft der Arbeitslöhne (Reallohne) in den hauptsächlichsten Industrielländern im Vergleich zu England. Wenn dabei für England die Grundzahl 100 gesetzt wird, so ergibt sich nach der Berechnung des Stats für die anderen Länder folgendes Verhältnis für gelernte Arbeiter: Deutschland 54 Prozent, Belgien 58 Prozent, Frankreich 70 Prozent, Vereinigte Staaten 154 Prozent. Bei den ungelerten Arbeitern ist das Verhältnis umgekehrt, nämlich Belgien 60 Prozent, Frankreich 69 Prozent, Deutschland 73 Prozent.

Stuttgart
diegen
regiments
gab die Gr
Das Ge
Schleier
der Gelegen
den. Er lo
Neuend
lassung des
kurzem nach
Umgebung
pfarramt
derung u
Kranken, die
Wm, 21
läum. Da
des Tag le
Berein eben
und zur Sa
men ist mi
giment des
zu Fuß an
wurde Kauf
das von da
von Preuß
Um, 21
einer hiesig
brief in w
aufgfordere
ten: Stelle
im Betrag
verrichtet w
Person ein
mittelt und
wollen Gen
Au
Volke
Weltausstau
ein abgele
sucht w: d
Joachim
nun starkes
Hemmung i
ernte ist no
gebracht we
So macht i
Kartoffeln
Dichth
Deutschen
Lung artre
Kundlich,
ten, Hübe
(Stollhagen)
bekände er
daß die Zähl
haus zu h
die Wichtig
möglich dur
Derjenige, b
ein Zähler
spätestens b
zugeigen.
Das feu
renhändler
Preislagen
für 30 und
Leht un
Nicht un
In fies
Und bo
In Pa
Und gr
Gerade
denigo vor
an, einen A
häuser war
welche die
Festsetzen
übergehende
welche sich
danken von
gen des fol
niedern D
ten Klasse b
da, wo die
wegunglos
übergingen.
Die St
kräftige Gef
Roude.
auf der mil
eindrigen
nie gefam
bedürfen de
Menschen,
Vertrauflein
war. Ein

Württemberg

Stuttgart, 29. Okt. Lichtbildervortrag. Im dichtgefüllten Saal des Siegelhauses fand eine neue Vorführung der Lichtbilder über die Ereignisse des Grenadierregiments 119 im Weltkrieg statt. Major a. D. Wegelin gab die Erläuterungen zu den trefflichen Bildern.

Das Schicksal des Mörders. Der Schlosser Mathias Schleichler hat nach hartnäckigem Zeugnis die Mordtat an der Gelegenheitsarbeiterin Karoline Pfefferkorn eingestanden. Er kommt als alleiniger Täter in Betracht.

Neuenbürg, 29. Okt. Amerika (pende. Auf Veranlassung des hier wohlbestimmten Friedrich Koll, der vor kurzem nach Amerika zurückkehrte, haben in Neuenbürg und Umgebung ansässige Landsleute dem hiesigen evang. Stadtpfarramt einen Schied mit über 100 000 M überhand zur Vinderung der Not der nicht mehr erwerbsfähigen Alten und Kranken hiesiger Stadt.

Am, 29. Okt. 250-jähriges Regimentsjubiläum. Das ehemalige 2. Infanterieregiment wird im Rot des kommenden Jahres in seiner alten Garnisonstadt Ulm den Tag seines 250-jährigen Bestehens feiern können. Der Verein ehemaliger 120er rüstet zur Bildung von Ortsgruppen und zur Sammlung für das Jubiläum auf. Das Regiment ist mit den Magagnadiern zusammen das älteste Regiment des württ. Heeres. Es ist als „Herzogliches Regiment zu Fuß“ am 1. Juni 1673 errichtet worden. Am 3. März 1871 wurde Kaiser Wilhelm I. zum Chef des Regiments ernannt, das von da ab den Namen Inf.-Regt. Kaiser Wilhelm, König von Preußen (2. Württ.) Nr. 120 führte.

Am, 29. Okt. Ein Expresstaxi. In dem Postkassett einer hiesigen Fabrik befand sich dieser Tage ein Expresstaxi, in welchem die Fabrik von einem Dr. Behl, Detektiv, aufgefodert wurde, alsbald 150 000 M an einer bestimmten Stelle niederzuliegen, widrigenfalls Schecks der Fabrik im Betrag von 170 000 M, die Dr. Behl im Besitz halte, vernichtet würden. Der Dr. Behl wurde aber alsbald in der Person eines Kaufmannslehrlings namens Robert Roos ermittelt und festgenommen und so wurde nichts aus dem erwarteten Gewinn von 150 000 M.

Aus Stadt und Bezirk

Regeld, 30. Oktober 1922.

Volksbildungskurs. Heute abend: „Materialistische Weltanschauung und Christentum“. Die Vorleser behandelten abstrakte Themen und können auch einzeln besucht werden.

Froschwecker. Auf die Schneefälle der letzten Tage ist nun hartes Froswetter eingetreten, das leider eine weitere Hemmung für die Kartoffelbeförderung ist. Die Kartoffelernte ist noch nicht ganz geordnet, vielfach muß sie in Mieten gelagert werden, um die Knollen vor Erfrieren zu schützen. So macht sich aber in den Städten bereits ein Mangel an Kartoffeln fühlbar.

Wiedergeburt. Am 1. Dezember wird wieder im ganzen Deutschen Reich eine Viehzählung vorgenommen. Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Esel, Maultiere und Maulquiten, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner einschließlich Truthühnern, zahme Kanarienvögel (Stollhöfen) und Wieselstöße. Die Aufnahme der Viehbestände erfolgt durch Zähler mittels Urlisten in der Weise, daß die Zähler am 1. Dezember die Stückzahl des Viehs von Haus zu Haus (Stall zu Stall) erfragen, wobei der Zähler die Richtigkeit des so ermittelten Viehbestandes so gut als möglich durch persönliche Augenbeobachtung nachprüfen hat. Derjenige, bei dem bis zum Ablauf des Zählungstages (1. Dez.) ein Zähler nicht erschienen ist, hat seinen Viehbestand spätestens bis zum 4. Dezember 1922 dem Ortsvorsteher anzuzeigen.

Das teure Rauchen. Aus den Schaufenstern der Zigarrenhändler verschwanden immer mehr die Zigarren in den Preislagen von 12—15 M, und man sieht nur noch solche für 30 und 40 M. Wie aus den Kreisen der Industrie mit-

geteilt wird, dürfte um Weihnachten eine gute Zigarre mindestens 50 M, wahrscheinlich aber mehr kosten. Für Luxuszigaretten werden heute schon 40 M. gefordert.

Der Briefkasten. Die Reichspost ist im Begriff, einen neuen Briefkasten nach dem Entwurf von Prof. Behrens einzuführen. Der Kasten ist gelb gestrichen, damit er mehr in das Auge falle (er wird aber auch um so mehr „schmutzen“), außerdem ist er erheblich größer als der bisherige blaue Kasten, was die einträglichere Ausnutzung für Metallarbeiten ermöglicht. Der Briefkasten taucht zum erstenmal vor etwa 300 Jahren auf; er soll von einer Hofdame de Louguenville am Hof Ludwigs XIV. um 1650 erdacht worden sein. Es ist aber erwiesen, daß um diese Zeit auch in einzelnen deutschen Städten wie Regensburg und Würzburg ein öffentlicher Sammelkasten für Briefe schon bekannt und gebräuchlich war. In Berlin hielt der Briefkasten im Jahr 1765 seinen Einzug, in Leipzig und Dresden 1824, während Hannover noch 1840 ohne Briefkästen war. Uebrigens hat es auch nicht an Beuten gefehlt, die den Briefkasten für etwas Schädliches hielten, da sie — damals nicht ganz grundlos — von den Briefkästen eine Förderung der Verbreitung unerschränkter Schmach- und heimlicher Liebesbriefe befürchteten.

Das Spinnrad scheint wieder zu Ehren zu kommen. In vielen Haushaltungen stand aus Großmutterns Zeit noch ein derartiges Ding unbenuzt auf dem Boden herum, verstaubt und finstlich, und wurde von der modernen jungen Welt mißsichtlich betrachtet. Seit aber die für die Strümpfe usw. so notwendige Wolle derartige Preise erreicht hat, daß sich die eigene Herstellung wieder lohnt, hat man sich des alten Hausfreundes erneut bemerkt. Irgend jemand, der es wieder in Gang zu bringen verstand, fand sich bald, und auch das Spinnen selbst konnte dieses oder jenes Großmutterchen nach die Jugend lehren. Lustig lurrte jetzt bereits in vielen Bauernstuben das Spinnrad wieder und die Berge von Wolle, die zur Seite aufgeschichtet sind, beweisen, daß die Arbeit ernst genommen wird.

Brief aus Halterbach. Sitzung des Gemeinderats vom 26. Okt. In der heutigen Sitzung beschäftigte sich der Gemeinderat zuerst mit der Festlegung des Jagdpachtgebühres für das laufende Jahr auf Grund der neuen Sachschuldenordnung. Es wird vorgeschlagen von dem Pächter für je zwei der 20 Hufen Betrag des Pachtgebühres von 1919 — wie vom Gemeinderat angesetzt — zu verlangen und es ist anzunehmen, daß auf dieser Grundlage eine Einigung mit dem Pächter erzielt wird. Die Eingabe einer großen Zahl von Klägern des städt. Obst- und Gemüsegartens des Aufschlags von 250 M pro Hektar findet dadurch ihre Erledigung, daß die Obstschuldenlast durchweg um 20% ermäßigt wird. Zur Durchführung der Winterhilfe für die Sozialrentner leistet die Gemeinde den vorgeschriebenen Anteil mit 1/20 der Gesamtunterstützung. Bei dieser Gelegenheit wird vom Vorsitzenden angeregt, denjenigen Personen, denen bis jetzt trotz der Bedürfnisliste — mangels Vorliegen der Voraussetzungen — keine Unterstützung zuteil werden konnte, eine entsprechende Hilfe aus der Stadtkasse zu ermöglichen. Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag zu und es wird das Weitere dem Unterstützungsaußenamt überlassen, der im Zusammenhang damit prüfen soll, ob eine Naturaliensammlung für unsere bedürftige Kreise angebracht ist. Die Hilfskassette des Finanzamts, die vorübergehend von der Stadtpflege verwahrt worden ist, wurde von W. Buchbindermeyer gutkennend übernommen. Bevor die neuen Bezüge des Ökonomieamt angekauft werden, ist beim Oberamt anzufordern, in welcher Weise sich die Amtskorrespondenz an den bedeutend erhöhten Kosten beteiligt. Für die Benutzung des Leichenwagens nach auswärts soll eine Gebühr erhoben werden, die mit 3 M pro Kilometer berechnet wird. Die Bekleidungsgebühr wird im Einzelfall auf 20 M festgesetzt. Die Gebühr für das Grabräumchen wird mit sofortiger Wirkung erhöht auf 60 M für Erwachsene und 30 M für Kindergräber. Ebenso erfahren die Begräbnisgebühren im städt. Spital mit Rücksicht auf den gesteigerten Aufwand eine erhebliche Erhöhung. Als Vertreter der Schulgemeinde werden die bisherigen Mitglieder des Ortsrates auf weitere drei

Jahre gewählt. Der Kirchengemeinde wird ein Festbetrag von 11000 M zur Einrichtung der Kircheneinrichtung aus der Stadtkasse zur Verfügung gestellt. Ferner beschließt der Gemeinderat die selbständige Feuerungsbeschaffung für sämtliche städt. Gebäude und Zubehören jeweils zum vollen Höchstpreis einzugehen. Ein Besuch des Unternehmers der Schreinerarbeiten zum Rathausumbau um Zuweisung eines — dem verarbeiteten Holz — entsprechenden Quantums Holz zu einem verbilligten Preis muß der Folgen halber abgelehnt werden. Auf den Akkord sind die gefälligen Holzgeschäfte bezahlt worden und es besteht nach Ansicht des Gemeinderats keine weitere Verpflichtung für die Gemeinde. Nach Erledigung versch. kleinerer Gegenstände tritt der Vorsitzende noch mit, daß, — wie ihm bekannt geworden sei — die Inanspruchnahme des Postamts seitens der Halterbacher Bürger in letzter Zeit stark nachgelassen habe. Wenn wir die Autokette nicht gefährdet wissen wollen, müßte der einzelne schon Opfer bringen und bei jeder Gelegenheit das Auto in Anspruch nehmen, um der Postverwaltung wenigstens halbwegs eine Rentabilität der Linie zu ermöglichen.

Mitteilungen

Beschlagnahme von Bienenvölkern. Die Hauptmuttergenossenschaft der Provinz Hannover hat nach dem Abkommen Rachenau-Voucheur für den „Wiederaufbau“ in Frankreich 20 000 Bienenvölker in Körben aufzubringen. Da es bisher nicht möglich war, diese Anzahl aufzubringen, ist die Beschlagnahme aller Bienenvölker in Körben angeordnet worden.

„Reines englisches Schmalz.“ Wie „Daily Mail“ berichtet, ist der englische Schmalzfabrikant Lorington zu der höchsten Strafe von 100 Pfund Sterling und 53 Pfund Sterling Gerichtskosten verurteilt, weil über 1000 Zentner ungenießbares Schmalz von treperten oder verfaulenden Tieren aus Amerika bezogen und teils unmittelbar weiterverkauft, teils in seiner Fabrik als „reines englisches Schmalz“ umgeschmolzen und in den Handel gebracht wurden. — Den deutschen Großhändlern ist demnach Vorsicht beim Einkauf von „reinem englisches Schmalz“ anzuraten.

Bücherwürmer. Wir sind so gewöhnt, das Wort „Bücherwurm“ in übertragbarem Sinn zu gebrauchen, daß wir fast vergessen haben, daß mit diesem Wort eigentlich ein den Büchern höchst schädliches Insekt bezeichnet wird. Der „Bücherwurm“, den noch im 17. Jahrhundert der französische Dichter Pierre Petit in einem langen, sorgfältigen lateinischen Gedicht besang, ist, wie wir in der Zeitschrift „Die stille Stunde“ lesen, eigentlich ein „Holzwurm“. Die Larve des Anobiums, des Bohrerwürms, der „Totenwurm“, wie er im Volksmund heißt. Im Mittelalter war der Zugang dieses Insekts zu den Büchern besonders leicht, weil die Deckel der Bücher nicht aus Pappe, sondern aus Holz verfertigt wurden. Ebenso kann man heute noch in Papiervorräten Bücherwürmer erblicken, die durch das zur Verpackung des Papiers dienende Holz hineingelangt sind. Ein anderer „Bücherwurm“ ist der Polius genannte Käfer, der sich in einer „Arbeitsweise“ von dem Anobium insofern unterscheidet, als dieses gewundene Gänge in Holz und Papier legt, während der Polius gerade Wege vorzieht, so daß die von ihm gestreiften Löcher wie mit einer Nadel durchbohrt erscheinen. Einer der gefährlichsten Bücherwürmer ist endlich die winzige Bücherlaus, die sich nicht nur damit begnügt, das Papier in zahllosen Kanälen zu durchwühlen, sondern erst ganze Stücke von Papier wegrißt. Sie zu bekämpfen ist ihr schwer.

Die Fahrt Hamburg—Caspisches Meer gelungen. Der deutsche Dampfer „Pionier“, der von Hamburg ausgelaufen ist, um über Petersburg durch das Marien-Kanalstern und die Wolga nach Astrachan zu gelangen, ist wohlbehalten in Astrachan eingetroffen. Damit werde der Beweis erbracht, daß der unmittelbare Schiffsverkehr Hamburg—Caspisches Meer möglich ist.

Einsturz eines Kirchturms. In Brilon (Westf.) ist der neugebaute Turm der evang. Kirche zusammengestürzt. Die auf dem alten Stadtgraben erbauten Grundmauern konnten die Last nicht tragen.

Esst uns die Kinder geben durch die harte Zeit. Nicht mein ich spielend! Nein, vertraut mit Not und Leid, Im harten Aus und Laffen, wie der Tag es will, Und doch wie Kinder, die so froh und still In Vaters Hand, in Vaters Liebe gehen, Und großer Leute Furchten nicht verstehen. W. Gerst.

Der Bravo.

23) Eine venezianische Begebenheit von Fenimore Cooper. (Fortsetzung.)

Siebentes Kapitel.

Gerade als die geheimen Audienzen des Palazzo Grandigo vorüber waren, fing auch der große St. Markusplatz an, einen Teil seiner Winterkälte zu verlieren. Die Rastehäuser waren nun von solchen Gesellschaften eingenommen, welche die Mittel besaßen und in der Laune waren, ihre Gekerkelten auf gewichtigere Proben zu stellen, als das vorübergehende Ländeln und leere Schergen war, während die, welche sich wider ihren Willen gezwungen sahen, die Gedanken von den Feststellungen des Augenblicks auf die Sorgen des folgenden Tages zu richten, haufenweise nach den niederen Bänken und harten Rissen schieden. Von dieser letzten Klasse blieb jedoch einer, der fortwährend eine Stelle nahe da, wo die beiden Plätze zusammenstießen, einnahm, so bewegungslos stehend, als ob seine nodten Füße in den Stein übergingen. Es war Antonio.

Die Stellung des Fisches brachte seine ganze muskelfertige Gestalt und braunen Färbung unter die Strahlen des Mondes. Die dunkeln, sorgenschweren, ersten Augen ruhten auf der milden Scheibe, als ob sie in die Welt da draußen eindringen sollten, den Frieden zu finden, den sie in dieser nie gefunden hatten. Es lag Leiden in dem Ausdruck des gebildeten verwilteten Gesichtes, aber es war das Leiden eines Menschen, dessen angeborene Empfindlichkeit, durch großes Vertrauen mit dem Bode des Glendens ein wenig abgeleitet war. Ein schwerer Seufzer rang sich aus der Brust des

alten Mannes los, und indem er die wenigen Haare, die ihm die Zeit gelassen, herabstrich, hob er die Kappe vom Vlasten auf, und bereitete sich zum Fortgehen.

„Du bist noch spät außer deinem Bett, Antonio“, sagte eine Stimme an seiner Seite. Du hörst, daß die Glocke die fünfte Stunde der Nacht anschlägt.“

Der Fische drehte den Kopf herum, und sah die massierte Gestalt des Nuredendens einen Augenblick mit Gleichgültigkeit an, indem er weder Reagiert, noch Empfindlichkeit über die Frage verriet.

„Da du mich kennst“, antwortete er, „so weißt du wahrscheinlich auch, daß ich, indem ich diesen Ort verlasse, nach einer leeren Wohnung gehe. Wenn du mich so gut kennst, solltest du auch meine Leiden kennen.“

„Wer hat dir dieses ausgeklügelte, moderne Fische, daß du unter den Fenstern des Dogen so läßt zu sprechen magst?“

„Der Senat.“

„Das ist eine feste Rede für das Ohr des heiligen Markus! Würde die so laut gesprochen, so müßte jener Löwe laurren. — Wessen Klage ist die Republik an?“

„Führe mich zu denen, die dich schiden, und ich will dir die Mühe der Zwischenträger sparen. Ich bin bereit, dem Dogen auf dem Thron mein Leiden zu klagen; denn was kann einer, der so arm und alt ist, wie ich, von seinem Jorn zu fürchten haben?“

„Du glaubst mich hergeschickt, um dich zu verraten?“

„Du kennst deinen Auftrag am besten.“

Der Andere nahm die Maske vom Gesicht und wandte letzteres nach dem Mond.

„Jafopo!“ rief der Fische, die ausdrucksvollen italienischen Züge anschauend, „einer deinesgleichen kann mit mir nichts zu schaffen haben.“

„Eine Rede, die selbst in diesem Dichte erkennbar war, überflog das Gesicht des Bravo; aber er dämpfte jeden anderen Ausdruck seiner Empfindung.“

„Du irrst dich, mein Auftrag ist an dich.“

„Sollt der Senat einen Fische der Dogenen für so wichtig, ihn mit dem Stilet zu treffen? Zur Sache denn!“ sagte er hinzu, indem er aus seinen braunen nodten Busen sah; nichts verhielt er sich daran!

„Antonio, du tuft mir Unrecht. Der Senat hat keine

solche Absicht. Ich habe gehört, daß du Ursache hast, unzufrieden zu sein, und daß du offen an dem Bode und unter den Jafeln über Dinge sprichst, welche die Patrioten nicht gern von Menschen deines Standes abgehört sehen. Ich komme als Freund, dich vor den Folgen einer solchen Unvorsichtigkeit zu warnen, nicht aber, dir etwas Böses zuzufügen.“

„Du wurdst gefandt, mir dies zu sagen?“

„Alter Mann, die Jahre sollten deiner Junge Mühsung lehren. Was fruchten leere Klagen gegen die Republik, oder auf was für Früchte kannst du hoffen, als Unglück für dich und Unglück für das Kind, das du liebst?“

„Ich weiß nicht — aber wozu das Herz voll ist, davon strömt der Mund über. Sie haben mir meinen Jungen weggenommen, und es bleibt mir wenig, was ich schätze. Das Leben, dem sie drohen, ist zu kurz, sich darum zu kümmern.“

„Du solltest deine Vorwürfe mit Weisheit mildern. Signor Grandenigo war die lange gut, und man sagte mir, deine Mutter sei seine Nichte gewesen. Siege ihm mit Bitten in den Ohren; doch höre auf, die Republik mit deinen Klagen zu erzürnen.“

Antonio sah seinen Gefährten ernsthaft an, als er aber ausgehört hatte, schüttelte er traurig den Kopf, als wolle er die Vergeblichkeit des Hilfesuchens nach dieser Seite andeuten.

„Ich habe ich alles gesagt, was ein Mann, der an den Dogenen geboren und erzogen ist, von Verehrbarkeit aufwenden kann. Er ist ein Senator, Jafopo, und er denkt an seine Leiden, die er nicht selbst fühlte.“

„Hast du nicht Unrecht, alter, Mann, den der Hartnäckigkeit angukingen, der im Ueberflus geboren ist, bloß weil er nicht das Elend fühlte, das auch du verleidest, wenn es in deiner Gewalt stände? Du hast deine Condel und deine Rebe, Gesundheit und Geduld in deinem Gemerbe und in diesem Gewerbe bist du glücklicher als der, welcher keine hat.“

„Es mag Wahrheit in dem liegen, was du von unserer Arbeit und unserer Mittel sagt; aber was unsere Jünglinge betrifft, so sind diese doch ihrer Natur nach sich gleich. Ich sehe keinen Grund, warum der Sohn des Patrioten frei ausgehen soll, während das Kind des Fisches dafür bezahlt wird, zu bluten. Haben nicht die Senatoren genug Glückseligkeit in ihren Reichthümern und in ihrer Größe, daß sie mich meines Sohns berauben?“

(Fortsetzung folgt.)



